

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 1/2 M., ohne Porto. Einzelne Nummern 10 Pf. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. - Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsstelligen Nummern, oberhalb der Hauptmannschaft 1/2 M., im übrigen Teil (aus von Begeben) die Zeile 1/2 M. - Einmalig und Bekleben 1/2 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. - Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 258

Sonnabend den 4. November 1922

88. Jahrgang

Speicherräume.

Der unterzeichnete Verband beabsichtigt seine am Bahnhof Dippoldiswalde gelegene Kraftwagenhalle während der Wintermonate als Warenspeicher zu verpachten.

Interessenten erhalten im Rathaus, Zimmer Nr. 15, nähere Auskunft. Kraftwagenklub-Verband Dippoldiswalde.

Kirchengemeindevertreter-Verammlung zu Dippoldiswalde

am 2. November 1922.

Anwesend 25 Vertreter. Entschuldigt fehlt Oberlehrer Unger. Weiter sind eine Anzahl Zuhörer erschienen.

In seiner Begrüßungsansprache wies Sup. Michael darauf hin, daß die heutige Tagung unter der Nachwirkung des Reformationsfestes stehe, wünschete mehr kirchliche Weidung innerhalb der Gemeinde, zu der die neue Kirchengemeindeordnung ja Gelegenheit gäbe und schloß mit der Hoffnung, daß es mit deren Hilfe gelingen möge, in unserer schweren Zeit die Kirche hindurchzuführen zu besseren Zeiten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß Buchbindermeister Kästner anlässlich des Bibeljubiläums der Kirche eine Altarbibel, sein Reisterbuch und tatsächlich ein Reisterbuch, schenkte und daß die Heimbürgin Kunze am 1. 10. 25 Jahre im Dienst war und beglückwünscht wurde.

Zu Punkt 1 nimmt man Kenntnis von verschiedenen Verordnungen ufm.; sie betreffen das von den seinerzeit abgelieferten (über 1 Million Kilogramm) Kirchenglocken übriggebliebene Metall (wird der Kirche eine kleine Einnahme bringen); die Verwaltung der Kirchengemeinde (die im Besitz von reichlichen Liegenschaften sich befindenden Kirchengemeinden können durch bessere Ausnutzung dieser Einnahmequelle auf Hilfe der Landeskirche verzichten zugunsten der armen Gemeinden, wie der hiesigen); die freiwillige Kirchensteuer (siehe weiter unten); die Gründung einer Pfarrbesoldungskasse im Lande, in die nach und nach alle kirchliche Einnahmen fließen und aus der dann sämtliche Geistliche gleichmäßig befoldet werden sollen; die Verfassung der Landeskirche, die nach der erfolgten Trennung von Kirche und Staat in Kraft treten wird (Druckereimptat 14 M.); die freischöne Beförderung von Gaben für die Missionsnothilfe (auf die hauptsächlich die ländlichen Gemeindeglieder aufmerksam gemacht werden sollen); die sogenannte September-Bibel (Preis 7 M.) und die Reformationsfest-Ansprache (in dieser Zeitung bereits abgedruckt).

Genehmigung wird erteilt zur Verdoppelung der Entschädigung an den Kirchenrat und die Kätegehilfen; zur Einreichung des Kirchengemeindeverzeichnisses in die Gebaltsgruppe 6; nachträglich zu der angenommenen Anleihe von 100 000 M., von der bis Ende Oktober 70 000 M. für Gehälter ausgegeben sind, und zu einer neuen Anleihe in gleicher Höhe. Diese Parole, bei der die Kirche aufgenommen, beanspruchen 12% Zinsen. Es soll versucht werden, billigeres Geld zu bekommen.

Hierzu wird ausgeführt, daß man, abgesehen von den Darlehen, bisher mit den Einnahmen von 1920 und 1921 wirtschaften mußte, daß man 1921 sogar nur eine vorläufige Kirchensteuer einheben konnte, da die endgültige durch den Reichsfinanzminister unmöglich gemacht wurde.

Für das laufende Jahr ist wiederum nur die Einhebung einer vorläufigen und noch dazu freiwilligen Kirchensteuer möglich, von der man Gebrauch machen will in der Weise, daß jedes Kirchengemeindeglied durch einen Steuerzettel aufgefordert wird, den im Vorjahre zu zahlenden Betrag an das Pfarramt abzuliefern und daß bei denen, die das unterlassen, der Betrag abgeholt wird. Damit hofft man bis zur endgültigen Regelung zu reichen.

Einerseits ist man mit der Verpachtung der Felder der Preisler-Stiftung gegen den Wert von 2,75 Zentner Roggen pro Scheffel und 300 M. zu einer Weihnachtsgabe für Arme. Ausdrücklich wird festgestellt, daß man das hohe Pachtangebot nicht provozieren und daß man das Feld gern in kleinen Losen vergeben hätte, wenn dem nicht die gegenwärtigen hohen Bewirtschaftungskosten entgegengestanden hätten. (Früher wurden 170 M. Pacht erzielt.)

Zugestimmt wird der Verdreifachung (im allgemeinen) der Gebührensätze und der Reduzierung von Hausstrafen auch unter anderen als den jetzt geltenden Bedingungen gegen eine Gebühr von 500 M.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung gelangen Besuche des katholischen Prälaten in Freital-Deuben und der Vereinigung der Katholiken von Dippoldiswalde, Schmiedeberg und Umgebung zum Vortrag, in denen monatlich einmalige Ueberlassung der Nicolalkirche zum katholischen Gottesdienst gebeten wird. Der Kirchenvorstand hat nach eingehender Aussprache mit 8 gegen 1 Stimme beschlossen, der heutigen Versammlung Genehmigung der Bitte vorläufig auf 1 Jahr vorzuschlagen unter der Voraussetzung, daß der evangelischen Kirche Schaden dadurch nicht erwächst und daß die katholische Kirche der evangelischen Kirche auf ähnliche Weise entgegenkommt. In letzterer Hinsicht sind Erkundigungen eingezogen worden mit folgendem Ergebnis: Kreisvorsitzmann von Rostitz-Wallwitz wies darauf hin, daß die Katholiken ihre Kirchen den Evangelischen überhaupt nicht zur Verfügung stellen können, da ihre Kirchengesetze das glatt verbieten. Trotzdem empfahl er in diesem Falle die Abweisung nicht, da sich Gelegenheit, Gegenseitigkeiten zu verlangen, schon finden würden. Durch einen hiesigen Katholiken wurde festgestellt, daß in Bayern verschiedentlich Kirchen von beiden Konfessionen benutzt werden. Ein evangelischer Geistlicher in Bayern bestätigt das zwar, sagt aber hinzu, daß das nur der Fall sei dort, wo die Evangelischen ein Recht darauf hätten aus der Zeit der Gegenreformation. In wenig Fällen gebe es reibungslos. Deshalb sei man auch meist auf Lösung des Verhältnisses bedacht. In den durchgeführten Fällen könnten die Evangelischen meist die Kirche behalten, während die Katholiken hinausgetan wurden. Er warnt dringend vor einem Entgegenkommen. Die katholische Kirche gebe

Geht zeitig zur Wahl!

Die Wahlzeit bei der am Sonntag stattfindenden Landtagswahl dauert vormittags von 9 bis nachmittags 6 Uhr. Es empfiehlt sich, mit Ausübung des Wahlrechtes nicht bis in die letzten Nachmittagsstunden zu warten, da erfahrungsgemäß bei Schluß der Wahlhandlung ein größerer Andrang von Wählern erfolgt. Nach den Bestimmungen der Landeswahlordnung dürfen nach 6 Uhr nur die Wähler noch zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren.

nur da mit uns, wo sie in der Minderheit stehe, sonst nie. Gebe man ihr den kleinen Finger, nehme sie bald die ganze Hand usw.

Nachdem festgestellt ist, daß die Kirchenvorstandsmitglieder an ihre Abstimmung nicht mehr gebunden sind, da die Voraussetzung des gleichen Entgegenkommens auf der anderen Seite nicht vorhanden sein kann, wird in eine ausgedehnte Aussprache eingetreten, in der die verschiedensten Ansichten zum Ausdruck kommen. Während man auf der einen Seite zu einem Entgegenkommen auch jetzt noch bereit ist, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die christliche Gesamtkirche Grund zum Zusammengehen und die evangelische Kirche im Kampfe um die konfessionelle Schule im Zentrum jedenfall einen starken Bundesgenossen habe usw., sind andere Vertreter teils im Prinzip, teils infolge der Ergebnisse der Auskünfte und aus den verschiedensten anderen Gründen dagegen. Eingewiesen wird auf die geringe Zahl der Katholiken im Kirchspiel, auf die Jesuitengefahr, auf die Gefahr, daß man uns die Nicolalkirche mit der Zeit ganz entreißen könne usw. Ein Antrag, in der Sache eine Kirchengemeindeversammlung zu hören, wird abgelehnt. Die Besuche werden schließlich durch Zettelabstimmung mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Folgende Anträge des Ausschusses für innere Angelegenheiten erhebt man zum Beschluß: Versuchswelse finden Sonntags nachmittags (monatlich abwechselnd 4 und 6 Uhr) zur Pflege des Kirchenliedes Liedergottesdienste statt. - Für die Schulkinder werden Choral-Singstunden eingerichtet, da die Schule heute in dieser Hinsicht versagt. Schon jetzt können Schulkinder nur noch wenige Choräle singen. Man hofft, dazu ein Schulzimmer zu erhalten. (In der Aussprache kommt zum Ausdruck, die gesamte Lehrerschaft und insbesondere die Eltern möchten sich gegen die hier und wegen der Morgenandachten in der Schule in Frage kommenden Fleischerschen Verordnungen wenden.) - Montags früh 7, 8 Uhr findet für die Schulkinder eine kurze Andacht in der Kirche statt, wozu eine Glocke geläutet wird. - Warm traf Sup. Michael für Hausandachten in der Familie ein.

Wegen der schlechten Akustik der Nicolalkirche wird der Geistliche bei Begräbnissen probeweise von der Kanzel aus sprechen.

Angeregt wird, bei der Regierung anzufragen, ob die aus dem Stiftungsfonds seinerzeit verwilligten Mittel für die Chorpore in der Nicolalkirche noch vorhanden seien und wie es mit dem Ausbau stehe, dessen Zeichnung man bereits genehmigt habe. Der Vorsteher erwidert, daß mit den damals bereitgestellten 30 000 M. heute nichts zu machen sei und man deshalb auf bessere Zeiten warten müsse.

Die geprägte Jahresrechnung der Gemeindevorstande auf 1921 liegt vor.

Festgestellt wird, daß die Verringerung am Joch der großen Glocke den erwarteten Erfolg hatte, und angeregt, bei den anderen Glocken, oder doch bei der kleinen die gleiche Verringerung vorzunehmen.

Pfarrer Rosen gibt bekannt, daß der Werbefag für die evangelische Jungmännerliga in Dippoldiswalde in einem Familienabend am 18. 12. und im Festgottesdienst und Versammlung am 19. 12. bestehen werde, und ladet schon heute dazu ein.

Angeregt wird, daß bei besonderen kirchlichen Feiern und zur Morgenandacht der Schulkinder die Kirchengemeindevertreter abwechselnd den Ordnungsdienst übernehmen möchten. Die Anregung wird weiter verfolgt werden.

Eingewiesen wird auf die Kostspieligkeit des Heizens der Kirche (gegenwärtig 7-8000 M.) und auf die geringe Wirkung infolge des seltenen Heizens. Man werde es bald ganz unterlassen müssen. Der noch vorhandene Bestand soll für Weihnachten und den Kirchentag aufgespart werden.

Fraulein Hellriegel bittet um offene Hände für die Weihnachtsbesetzung der Gemeindevorstande.

Winter-Alberndorf wünscht, daß die Kirche für die Alten und Bedürftigen, die nach keiner Seite hin Ansprüche haben, dauernd etwas tun möchte. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß dies das Arbeitsfeld für den Frauenverein sei, und empfiehlt die Gründung eines solchen auch in Alberndorf.

Nach Erledigung einiger mehr innerer Angelegenheiten schließt Sup. Michael mit dem Ausdruck der Freude darüber, daß das Interesse der Kirchenvertreter an der Arbeit mit der Arbeit wachse, und mit der Aufforderung, treu zu unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche zu stehen, wie die Reformation sie uns gebracht.

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Um 100% erhöhten am vergangenen Montag die Brauereien ganz plötzlich ihre Preise. Beschlüsse zu fassen, dieser erneuten Belastung zu begegnen und auch all die andern Unforten und Preissteigerungen auszugleichen, fanden sich Donnerstag nachmittag die Mitglieder des Saalinhäuserverbandes in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde und des hiesigen Gastwirtevereins im Bahnhof Hotel zusammen. Die Versammlung war verhältnismäßig schwach besucht, brachte aber mancherlei wichtige Erörterungen. Als die Niederschrift der letzten Versammlung verlesen und 3 Kollegen (aus Aimmelsdorf und Frauenstein) neu als Mitglieder aufgenommen worden waren, ging man zum Hauptpunkt, Neuzeitsetzung der Verkaufspreise, über. Der Bierpreis wurde für helles oder dunkles Bier einheitlich auf 45 M. für das Glas, 30 M. für den

Schnitt festgesetzt. Ueber die Straße soll das Bier mit 80 M. verkauft werden. Für echte bayrische Biere hielt man 50 M. bez. 40 M. bez. 100 M. für angemessen. Weiterhin besprach man die Preise für Kaffee, Tee usw. und beschloß hier ebenfalls Mindestpreise, wie man auch solche für Tourtentanz, Garderobe, Eintrittsgeld festlegte. Die Preise sollen am Freitag den 3. November morgens in Kraft treten. Ohne Frage wird diese neuerliche Erhöhung sich auswirken in einem Rückgang des Konsums. Die Wirte sind aber außerstande, derartige Belastungen zu tragen, und hoffen auf wohlmeinende Aufnahme dieser Neupreise. Verschiedene interne, deswegen nicht minder wichtige Fragen kamen zur Besprechung, und erst nach bald dreistündigen Verhandlungen trennte man sich.

In der städtischen Turnhalle hielt Donnerstagabend die Kommunistische Partei eine Wahlversammlung ab, in der Reichstagsabgeordnete Erna Halbe referierte. Eingefunden hatten sich gegen 80 Personen. Die Referentin ging davon aus, daß die Kommunistische Partei des Landtages die sozialdemokratischen Parteien unterstützt habe, aber diese hätten die Interessen der Arbeiter nicht wahrgenommen. Alle Partei-Anträge zum Besten der Arbeiterschaft hätten wohl erfüllt werden können, stets aber habe man sich hinter entgegenstehende Reichsgeetze versteckt, auch dort, wo wie bei der Kartoffelversorgung solche nicht entgegenstanden. Die sächsische Regierung trieb keine Arbeiterpolitik. Eine sozialistische Regierung müsse viel mehr Verbindung mit der Arbeiterschaft haben und diese müsse sich sehr auf erstere stützen können. Die Politik der sächsischen Sozialdemokratie sei aber abhängig vom sozialistischen Partei-Programm Deutschlands gewesen. Und im Reich habe eine Volksherrschaft 1918 sei dem alten Staate nur eine andere Form gegeben worden, er sei noch immer der alte Klassenstaat, beherrscht vom Kapitalismus. Diese alte Profitwirtschaft müsse beseitigt werden und das könne nur geschehen, indem man den Produktionsprozeß den Kapitalisten aus der Hand nehme. Das sei 1918 nicht geschehen und jeglicher Antrag auf Sozialisierung sei abgelehnt worden. Der Kapitalismus baue aber immer weiter und habe jetzt eine neue Form geschaffen, die Stimmenerregung, wo nur einige wenige, wenn nicht eine einzelne Person, die Wirtschaft nach ihrem Diktat lenkt und leitet. Sämtliche Sachwerte lägen in den Händen der Kapitalisten; daher sei auch das Stimmens-Lubersack-Abkommen zwischen diesen beiden großen Kapitalisten und nicht den Regierungen abgeschlossen worden. Stimmens beherrsche Reichstag und Reichsregierung und das habe dahin geführt, daß alle indirekten Steuern auch von den Arbeiterschaftsvertretern bewilligt wurden. Man könne geteilter Meinung sein, ob erfüllt werden müsse, könne aber nicht gutheißen, daß vor allem so erfüllt werden müßte, daß der Arbeiter zahl und der Kapitalist sich drückt. Die Erfassung der Sachwerte ist nicht geschehen. Das Stimmens-Lubersack-Abkommen sei nur ein Mittel der Politik der Gewalt, vollzogen, um den französischen Kapitalisten wieder auf die Beine zu helfen. Weil Rathenau Bernunftspolitiker war und diesem Abkommen entgegenstand, mußte er sein Leben lassen. Der Nord war die Tat großer Kapitalistenkreise. Nach ihm war die Bahn frei für die profitgierigen Leute in Frankreich und in Deutschland. Für die Arbeiter werde nun noch eine schlimmere Zeit kommen als bisher. Wenn alles das, was das Abkommen fordert, erzeugt werden solle, dann müßte fürchtbar gearbeitet werden und 10, 12 Stunden täglich langten da nicht. Und dazu zeige sich die Reaktion schlimmer denn je, was zu den Vorgängen vor dem Zirkus Busch in Berlin geführt habe. Die sozialistische Regierung rufe wohl immer die Arbeiter auf zu Demonstrationen, sie tue aber nichts für die Arbeiterschaft. Daher müsse eine Organisation gesucht und geschaffen werden, die helfen könne. Diese sei die kommunistische Partei im Reichsbetriebsrats-Kongreß. Eine Massenbewegung aus der Arbeiterschaft heraus müsse ihn bringen, und wenn er getagt, müßten Kontrollausschüsse die Durchführung seiner Beschlüsse überwachen. Die Befreiung der Arbeiterklasse könne nur ihr eigenes Werk sein. Sich friedlich zum Sozialismus zu reformieren ist ein Unbding, nur Kampf könne das Ziel ertingen. Die kommunistischen Abgeordneten versprächen keine goldenen Berge, aber dessen könne jeder Wähler sicher sein, daß sie jede Bewegung im Lande unterstützen würden zum Kampf gegen den Kapitalismus. Eine Arbeiterregierung unter kommunistischer Führung würde sich dadurch hervorheben, daß sie sich auf die Arbeiter im Lande und nicht auf bürgerliche Vertreter des Landtages stützen würde. Wer dafür sei, dem Kapitalismus die Zähne zu zeigen, wer sich dessen bewußt sei, daß der Sozialdemokrat so nicht weiter gehen könne, der müsse kommunistisch wählen. Zu einer Debatte kam es nicht, da sich niemand zum Wort meldete, trotzdem wohl die Mehrzahl der Anwesenden anderen Parteien angehörte als der der Referentin. So nahm diese sofort das Schlusswort. Sie bedauerte das Fehlen von Mut, ihr entgegenzutreten. Große schwerwiegende Fragen seien jetzt zu entscheiden: ob die Arbeiterschaft mit dem Koalitionsprogramm „fortwurzeln“ oder zum Klassenkampf zurückkehren wolle. Die kommunistische Partei wolle nicht sofort die Revolution, sie wolle aber die Arbeiterschaft befreien von dem Gedanken, daß wir in ruhiger Entwicklung den Sozialismus bekommen würden. Die Gleichgültigkeit müsse bekämpft, die Kraft zum Kampfe gestählt werden. Mit einem Hieb solle kein Baum, auch der Kapitalismus nicht. Schlag auf Schlag müsse ihm verjert werden; denn Arbeiterschaft und Kapitalismus hätten nichts gemein. Die kommunistische Partei wolle die Arbeiterschaft zusammenführen und wach erhalten zur Durchführung der sozialen Revolution, die eine Befreiung sein werde vom Kapitalismus. Ein friedlicher Weg führe nicht dorthin. Bereits 1/10 Uhr war die Versammlung zu Ende.

Hirschbach. Zu dem Bericht in Nr. 255, Kartoffelbiefstahl betreffend, wird uns mitgeteilt, daß Verdachtsgründe nicht vorliegen und auch nichts gefunden wurde, was zu einer Verächtigung Anlaß geben könnte.

Frohburg. Auch ein Zeichen der Zeit. Bei einer hiesigen öffentlichen Kasse wurde dieser Tage ein Betrag von 300 000 M. in kleineren Scheinen abgeliefert, so daß der Ueberbringer sich eines Rucksacks, voll gepackt, bedienen mußte.